

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Martin Böhm

Abg. Josef Schmid

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Toni Schuberl

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Alexandra Hiersemann

Abg. Helmut Markwort

Abg. Steffen Vogel

Abg. Florian Siekmann

Abg. Stefan Löw

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Ralf Stadler

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion

"30 Jahre friedliche Revolution - Demokratie und Meinungsfreiheit täglich neu erkämpfen"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen bzw. Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine bzw. einer ihrer Rednerinnen bzw. Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird natürlich auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk können jeweils zwei Minuten reden.

Erster Redner ist Herr Kollege Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Am 9. Oktober 1989 um 18:35 Uhr verzeichnete ein Protokollant des Ministeriums für Staatssicherheit: "Vorbereitete Maßnahmen zur [...] Auflösung kamen entsprechend der Lageentwicklung nicht zur Anwendung." Diese Maßnahmen waren Einsatzbefehle für 5.300 Kräfte verschiedenster Einheiten in Leipzig; ausnahmslos scharf bewaffnet, um rechtswidrige Menschenansammlungen aufzulösen, Rädelsführer festzunehmen und der Konterrevolution ein Ende zu bereiten. Mit Kerzen in der Hand und mit dem unbändigen Willen im Herzen, das Land vom DDR-Unrechtsstaat, von der SED-Diktatur und vom Meinungstotalitarismus zu befreien, traten 70.000 Menschen aus Leipzig und der ganzen DDR diesen bewaffneten Einheiten nach dem Abendgottesdienst entgegen.

In den denkwürdigen Tagen vor dreißig Jahren haben Mitbürger als Montagsdemonstranten durch gemeinsames und entschlossenes Handeln den DDR-Unrechtsstaat im

politischen Diskurs friedlich bezwungen und uns allen das wiedervereinigte Deutschland geschenkt.

Der zum neuen Nationalfeiertag stilisierte 03.10. war einfach der frühestmögliche Termin, der nach der KSZE-Außenministerkonferenz vom 2. Oktober 1990 zu erreichen war. Ein Tag der Deutschen Einheit, gewiss, aber sicher kein Tag, der angemessen an den Mut der Bürger und an die dramatischen Geschehnisse in der Endzeit der deutschen Teilung erinnert.

Heute, dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution, ist Zeit zum Gedenken, zumal die früheren Methoden der staatlich gelenkten Meinungsbildung leider wieder omnipräsent sind. Jeder totalitäre Staat versucht, durch Sprachmanipulation das Denken der Bevölkerung zu justieren. Hier negieren heute Schwesig und Ramelow das Wort "DDR-Unrechtsstaat", und Sprecher der Staatsmedien verharmlosen Terror-Anschläge als "Lkw-Vorfälle"; denn, um mit de Maizière zu sprechen, ein Teil der Wahrheit würde die Bevölkerung verunsichern.

Eine genauso fatale Verharmlosung erfuhr die ehemalige Staatspartei bereits nach der Wende mit der Entscheidung, sie nicht aufzulösen und zu verbieten. Als Resultat sitzt die SED-Nachfolgeorganisation heute im Bundestag, und ihre gleichgesinnten Freunde sprießen hier als deren Saat aus dem Boden, in Gestalt von diversen NGOs, die sich zumeist dem Kampf gegen Andersdenkende verschrieben haben. Gut gedüngt von unterschiedlichen staatlichen Zuwendungen, befördern sie die Erosion des Rechtsstaats, der sie doch ernährt.

(Beifall bei der AfD)

Was bis vor dreißig Jahren in der DDR mit staatlicher Gewalt erzwungen wurde, wird heute mit den Werkzeugen der Political Correctness gesetzeskonform erledigt, ohne zu diskutieren und meist, um zu diskreditieren. Heute trifft es uns, und morgen trifft es euch; denn grüne Drift schützt nicht vor linkem Gift! Umfängliche Indoktrination führt leicht zu grotesken Auswüchsen. Ein Chef der Filmförderung wird aufgrund des

Drucks linker Politiker aus dem Amt gejagt. Der Grund: Mittagessen mit Meuthen. Eine Bio-Supermarkt-Kette wirft Hirseprodukte aus dem Regal, weil der Geschäftsführer des Herstellers AfD-Mitglied ist. So etwas nannte man bis vor dreißig Jahren Stasi-Methoden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

In Artikel 27 der DDR-Verfassung stand: "Jeder Bürger [...] hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern." Die SED-Diktatur lag aber wie Mehltau über diesen Worten. Eine schimmelige Ideologie, die die gewaltsame Unterdrückung für legitim und notwendig erachtete, um eine vermeintlich bessere Gesellschaftsform zu erreichen. Ich frage Sie: Warum muss ich da spontan an einige der Aktivisten denken, die uns in der Jetztzeit begegnen? Im Gegensatz zu ihrem eigenen Staat haben die Bürger der DDR ihre Proteste friedlich auf die Straßen getragen. Die wenigsten haben damals gedacht, dass nur eine Generation später zentrale Inhalte der Meinungsfreiheit und ganz wesentliche Aspekte der demografischen Willensbildung wieder zur Disposition zu stehen scheinen.

Unser besonnener Kampf für den Erhalt von Meinungsfreiheit und Demokratie heute ist unsere staatsbürgerliche Pflicht und zugleich unsere tiefe Verneigung vor den vielen mutigen Menschen, die vor dreißig Jahren bereit waren, Leben und Gesundheit für die Freiheit und das Recht in einem geeinten Deutschland zu geben.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als zweitem Redner erteile ich dem Geburtstagskind das Wort. Noch mal herzlichen Glückwunsch an Josef Schmid, der zehn Minuten sprechen wird.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein herzliches Vergelts Gott für die Geburtstagsglückwünsche. – Dreißig Jahre friedliche Revolution – lassen Sie mich mit einem Ausschnitt aus einer

Rede unseres Bundespräsidenten beginnen. Frank-Walter Steinmeier sagte über Leipzig und die friedliche Revolution:

Die friedlichen Revolutionäre trafen sich – viele von ihnen schon lange vor 1989 – in Kirchengemeinden und Privatwohnungen. Sie kämpften gegen Umweltverschmutzung und Verfall, für mehr Mitsprache und Gleichberechtigung, für Meinungs- und Reisefreiheit und freie Wahlen. Sie träumten von einem friedlichen und vereinten Europa. Sie gründeten Umweltbibliotheken und druckten Flugblätter, sie schrieben Resolutionen und Offene Briefe. [...]

Das Glück der Deutschen Einheit ist untrennbar verbunden mit dem Zusammenwachsen Europas und dem neuen Vertrauen, das unsere Nachbarn uns nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts geschenkt haben. Auch dafür dürfen wir Deutschen dankbar sein.

Aber Dankbarkeit ist eben nicht alles. Nein, wir Deutsche tragen eine besondere Verantwortung für das Gelingen dieses friedlichen und vereinten Europas. Wir tragen diese Verantwortung auch in Zukunft. Und wir nehmen sie ernst in Zeiten, in denen dieses Europa wieder auseinandergetrieben wird. Auch dieses Versprechen gehört [...]

zu dem Gedenken an dreißig Jahre friedliche Revolution.

Ja, es gibt Ungleichheiten, es gibt Nachteile, es gibt Probleme. Das anzuerkennen, vor allem zu verändern, bleibt ständige Aufgabe. Gerade weil wir nicht Opfer der Zeitläufe sind. Opfer sein, das passt nicht zur Demokratie. Nein, die Demokratie hat einen wunderbaren Gegenbegriff erschaffen, und der heißt: Bürger.

Wir sind Bürgerinnen und Bürger, frei und selbstbestimmt, mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten.

Ich meine, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass diese Zeilen sehr schön würdigen, was damals vor dreißig Jahren passiert ist und was vor allem unsere

Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den neuen Bundesländern geleistet haben. Ich möchte gleich betonen: Das ist etwas, worauf man stolz sein kann, worauf die Bürgerinnen und Bürger aus den neuen Bundesländern stolz sein können – nein, worauf wir alle stolz sein können.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Deswegen beleidigt es niemanden, wenn man sagt: Die DDR war ein Unrechtsstaat. Das beleidigt niemanden; denn das, worauf gerade die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesrepublik stolz sein können, steht für sich. Das ist historisch einmalig.

Aber wie war es nun mit dem Unrechtsstaat in der DDR? – Schauen wir in die Verfassung von 1968. Dort wurde die DDR als zentralistischer Einheitsstaat verankert. Die Rechtsprechung war als Anleitungs- und Kontrollsystem konzeptioniert. In der Verfassung wurde die allumfassende Führungsrolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschrieben. In der Verfassung, meine Damen und Herren! Die Dominanz des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln erinnert mich an die Enteignungs-, Vergemeinschaftungs- und Sozialisierungsdebatte, die wir ja in letzter Zeit gerade wieder, auch von Vertretern von Rot und Grün, vernehmen durften, an die zentrale staatliche Leitung aller gesellschaftlichen Planung unter der Führung der SED.

Meine Damen und Herren, das war eine Einschränkung der Grundrechte, auch durch die Einheit von Rechten und Pflichten. Die Intention war gerade nicht, den Bürgern den Schutz und den Freiraum gegenüber dem Staat einzuräumen. Vielmehr sollte in der DDR-Verfassung von 1968 den Zielen des Staates eine Interessenidentität mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger vorgeschrieben werden. Es gab die Bindung der Grundrechte an die sozialistischen Ziele und an die Grundsätze der DDR-Verfassung. Sozialistische Ziele waren ein höheres Recht, das die Grundrechte einschränken konnte.

Meine Damen und Herren, das ist nicht das, was wir unter Rechtsstaat verstehen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland setzt dem völlig anderes entgegen,

nämlich die freie Entfaltung der Persönlichkeit, nicht nur irgendeine sozialistische Entfaltung, echte Schutzrechte gegenüber dem Staat, Mitsprache, Gewaltenteilung und Pluralität. Das ist etwas, was wir gerade in diesen Zeiten wieder bedenken sollten. Die DDR war in diesem Sinne natürlich ein Unrechtsstaat nach unserem Verständnis von Recht, Gesetz und Ordnung.

Meine Damen und Herren, zu unseren heutigen Grundwerten, zu unserem Verständnis von Rechtsstaat, gehören natürlich auch die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Medien. Darüber, dass diese Freiheiten von der AfD angegriffen werden, kann ich nur den Kopf schütteln. Ich kann darüber nur den Kopf schütteln als einer, dem viele Kommentare, die er über sich selber lesen durfte, nicht gepasst haben. Ich glaube, das geht jedem Kollegen so. Jeder hat schon Berichte und Beiträge im Hörfunk und im Fernsehen erlebt, die ihm nicht gepasst haben. Aber, meine Damen und Herren, in Sendungen aufzustehen, weil einem die Fragen nicht passen, und dann zu unterstellen, dass hier ein staatlicher Apparat zugange sei, dass Regierungsstellen Medien in unserem freiheitlichen Rechtsstaat irgendwie beeinflussen würden, ist nicht nur Märchenerzählerei, sondern das geht weit darüber hinaus. Denn damit wird unser demokratischer Rechtsstaat auf übelste Weise verleumdet. Das weisen wir deutlich zurück.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Unsere Medien sind frei. Das beste Merkmal dafür ist, dass es allen Politikern gleich geht. Jeder hat es schon erlebt, dass ihm irgendetwas nicht gepasst hat. Die von der AfD gewählte Überschrift lautet: "30 Jahre friedliche Revolution – Demokratie und Meinungsfreiheit täglich neu erkämpfen". Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, es liegt an uns, diesen Kampf gegen die Gefahren durch Rechtsextreme, Rechtsradikale und Rechtspopulisten täglich zu führen, damit wir unsere Meinungsfreiheit behalten.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Der nächste Redner ist Herr Kollege Schuberl. Bitte schön, Herr Schuberl, Sie haben das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "30 Jahre friedliche Revolution – Demokratie und Meinungsfreiheit täglich neu erkämpfen". Welch ein schönes und wichtiges Thema! Und welch ein Hohn, dass ausgerechnet die Feinde von Demokratie und Freiheit versuchen, dieses Thema zu missbrauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Zunächst möchte ich über die Begriffe "Demokratie" und "Meinungsfreiheit" sprechen, bevor ich zur friedlichen Revolution komme. Die AfD scheint etwas missverstanden zu haben. Ich kläre sie gern auf: Demokratie heißt nicht Unterdrückung von Minderheiten durch die Mehrheit. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, und zwar des gesamten Volkes. Sie funktioniert nur auf der Basis von Freiheit und Gleichheit aller Menschen. Niemand darf wegen seiner Abstammung, seiner Herkunft oder seines Glaubens benachteiligt werden. Wer also meint, Deutsche und Ausländer anhand von Äußerlichkeiten auseinanderhalten zu können, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, der ist ein Rassist und damit ein Feind der Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann den Rassismus in der AfD exemplarisch an einem von Ihnen belegen: Der AfD-Abgeordnete Ralf Stadler spricht nicht nur regelmäßig von "Negern", er hetzt auch gegen Bewohner eines Anker-Zentrums, als wären sie eine kriminelle Zuhälterbande, nur weil sie eine dunklere Hautfarbe haben. Dafür hat er zu Recht einen Strafbefehl wegen Volksverhetzung erhalten, dafür haben wir vor Kurzem seine Immunität aufgehoben. Auf Facebook schreibt Stadler, Zitat:

Der Krieg gegen Deutschland hat längst begonnen, anstatt Militär wird Deutschland mit fremden nicht integrierbaren Kulturen kontaminiert. PARASITEN: Schmarotzer, Lebewesen, die dauernd oder vorübergehend auf [...] oder in [...] einem andersartigen Organismus, dem Wirt, leben und diesen schädigen, ihn aber höchstens zu einem späteren Zeitpunkt töten.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Pfui!)

Ein weiteres Zitat von Stadler:

Irgendwie Paranoid, kein Politiker traut sich das Wort "Geburtenkontrolle" auszusprechen, damit wäre das überhand nehmende Inzuchtproblem bei Muslimen sicher eindämmbar.

"Ja pfui Deifi!", kann ich da nur sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Und damit sind wir bereits beim zweiten Begriff, der Meinungsfreiheit. Sie ist in der Demokratie so essenziell, dass sogar der ganze Krampf, den die AfD kübelweise über die Gesellschaft und hier im Landtag ausschüttet, von diesem Grundrecht geschützt ist. Sie dürfen hier stehen und quatschen, wir müssen es aushalten.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Uns geht es genauso!)

Nur die größte Hetze, die reine Schmähung und die vorsätzliche Lüge sind zu Recht nicht mehr vom Schutzbereich umfasst.

Jetzt komme ich zu Ihren "Leistungen" in der DDR: Sie machen Ihre Partei ja älter, als sie ist, und versuchen, eine Traditionslinie zu konstruieren. Ja, auch die DDR hatte ein Problem mit Rechten. Afrikaner wurden ermordet, es gab Brandanschläge und pogromartige Aktionen an Ausländerunterkünften. Jüdische Friedhöfe wurden geschändet. 1987 ist ein Konzert in der Ostberliner Zionskirche durch Neonazis gestürmt worden. Die Angreifer riefen "Skinheadpower!", "Juden raus aus deutschen Kirchen!", "Ihr roten Schweine!" und "Sieg Heil!". In Cottbus agierte eine Wehrsportgruppe, aus der dann interessanterweise 1990 die Partei mit dem Namen Deutsche Alternative hervorging. Nomen est omen. Ist das Ihre Traditionslinie?

Das passt zu einem weiteren Spruch Stadlers, Zitat:

Den bevorstehenden Bürgerkrieg kann man schon länger fühlen. Unsere "lieben Flüchtlinge" warten nur auf das Kommando.

In anderen Posts fordert er die Bewaffnung der Bevölkerung, um gegen Fremde zu kämpfen.

Im Bezirk Rostock gab es zu DDR-Zeiten die Gruppe "SS-Division Walter Krüger", die Uniformen, Waffen und anderes Beiwerk aus der NS-Zeit sammelte und zur, Zitat, "Traditionspflege" am 20. April ehemalige KZs besuchte. In Gruppen wurden Waffen angesammelt und Kämpfe geübt. Kurz nach der Wiedervereinigung kam es in Rostock-Lichtenhagen zur größten rassistischen Ausschreitung der Nachkriegszeit.

Nein, Rassismus ist mitnichten ein spezifisch ostdeutsches Problem. Doch im Unterschied zur DDR wurde in der BRD, zumindest ab 1968, damit begonnen, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Aber für die AfD ist das Gedenken an die Opfer ja nur ein "Denkmal der Schande", wie Höcke sagte. Oder, um bei den Worten von Stadler zu bleiben, die deutsche Bevölkerung sei, Zitat: "seit über 70 Jahren mit Schuldkomplexen manipuliert [...]".

Die DDR versuchte, Erkenntnisse über den Nazismus zu vertuschen, um einen Imageschaden zu verhindern. Die Angreifer in der Zionskirche wurden nur wegen Rowdytum verurteilt. Gewaltbereite Rechte wurden als reines Jugendproblem angesehen. Heute würde man sie als "besorgte Bürger" bezeichnen. Hier erlaube ich mir einen Hinweis zu Bayern: Es ist der falsche Weg, Mitglieder rechtsextremer Netzwerke als Einzeltäter oder Rechtsterroristen nur als psychisch Kranke darzustellen. Probleme, die man nicht offen angeht, werden mit der Zeit chronisch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist sehr schade, dass ich zu diesem schönen Thema nun so viel Negatives sagen musste; denn die Protestbewegung in der DDR wollte eine offene, plurale und freie Gesellschaft. Sie forderte Frieden, Demokratie und auch Frauenrechte und Umwelt-

schutz. Sie war es, die die Mauer einriss und eine Diktatur hinwegfegte. Die wichtigsten Bewegungen waren das Neue Forum, Demokratie Jetzt und die Initiative Frieden und Menschenrechte. Diese drei schlossen sich am 6. Februar 1990 zu einem Wahlbündnis mit dem Namen Bündnis 90 zusammen. In der ersten gesamtdeutschen Wahl zog übrigens nur die ostdeutsche Listenverbindung von Bündnis 90 und den Grünen in den Deutschen Bundestag ein. Die westdeutschen Grünen hatten damals bereits den Klimawandel als großes Problem erkannt. Der Slogan lautete: "Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter."

Für die Wählerinnen und Wähler war das zu früh, und die West-Grünen flogen aus dem Bundestag. Manchmal muss man sich dreißig Jahre lang den Mund fusselig reden, bis es auch bei den anderen ankommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1993 vereinigten sich die beiden Parteien Bündnis 90 und die Grünen zur neuen Partei Bündnis 90/Die Grünen, als deren Vertreter ich Ihnen heute zurufen darf: Wir sind Bündnis 90, und wir werden niemals zulassen, dass Sie wieder eine formierte, autoritäre und geschlossene Gesellschaft errichten, weder in Ost noch in West. Wir werden weiterhin für unsere freie, offene, plurale, gerechte, ökologische und demokratische Gesellschaft kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Herr Kollege Schuberl. – Ich darf jetzt den Kollegen Mehring aufrufen. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! "Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf." – Dieses Zitat von Hermann Glaser stammt zugegebenermaßen nicht aus dem Kontext der friedlichen Revolution in Deutschland und schon gar nicht aus der Feder einer Vertreterin oder eines Vertreters der AfD. Ich glaube aber, es eignet sich trotzdem, vielleicht sogar weil

es aus der Zeit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Schrecken des Nationalsozialismus stammt, um zu illustrieren, wie richtig die AfD mindestens mit der Überschrift, die sie uns für die heutige Aktuelle Stunde ins Stammbuch geschrieben hat, liegt. Die AfD erklärt nämlich, sie wolle ab heute an der Seite von uns Demokratinnen und Demokraten an jedem Tag für Demokratie und Meinungsfreiheit eintreten, sich Demokratie und Meinungsfreiheit an jedem Tag neu erkämpfen.

Kolleginnen und Kollegen von der AfD, auch den Bezug zur friedlichen Revolution in Deutschland, den Sie herstellen, stellen Sie nach meiner festen Überzeugung sehr zu Recht her. An kaum einer anderen Stelle der Geschichte nicht nur unseres Landes, sondern der ganzen Welt haben die Kräfte der Meinungsfreiheit so positiv und so erfolgreich auf dem Resonanzboden der Demokratie gewirkt wie zum Zeitpunkt der friedlichen Revolution in Deutschland. Kolleginnen und Kollegen, nicht zuletzt zeigen die gestrigen Ereignisse eindrucksvoll, wie fragil unsere Werte von Meinungs- und Religionsfreiheit sind und wie wichtig es ist, diese täglich zu schützen und täglich für sie zu kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Ich unterstreiche und unterschreibe deshalb den Titel Ihrer Aktuellen Stunde und will Sie in Ihrem Ansinnen bestärken, ab heute sozusagen an unserer Seite für Demokratie und Meinungsfreiheit einzutreten. Wenn ich auf Ihre Performance im Parlament während des letzten Jahres zurückblicke, stelle ich nämlich fest, dass da bei Ihnen noch ein gutes Stück weit Luft nach oben ist.

Ich möchte Ihnen deshalb helfen und meine heutige Redezeit nicht einer weiteren pathetischen Rede zur friedlichen Revolution widmen, sondern mir die Zeit nehmen, Ihnen zehn Tipps zu geben, wie Sie es schaffen können, dass in Zukunft vielleicht auch Ihre Partei für Demokratie und Meinungsfreiheit steht. Wie würde der Kollege Müller, der heute leider nicht da sein kann, sagen: Hören Sie gut zu, vielleicht lernen Sie was!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zu Ihrem Ansinnen, die Demokratie zu befördern, ein erster Tipp: Wenn Wahlen stattfinden, die das konstitutive Merkmal von Demokratie sind, gehen Sie hin und wählen Sie. Treffen Sie keine Vorabsprachen, verändern Sie nichts an den Fraktionszulagen, sondern wählen Sie.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Ihre Fraktionschefin, die Kollegin Ebner-Steiner, ist ja durchaus visionär. Sie hat erkannt, wie wichtig Wahlen für die Demokratie sind. Deshalb lässt sie Sie gelegentlich üben. Sie lässt Sie quasi im Monatsrhythmus den Fraktionsvorstand neu wählen.

(Christoph Maier (AfD): Können Sie auch zur Sache sprechen?)

Heute Nachmittag lässt sie uns üben, lässt sie den Bayerischen Landtag wieder wählen. Sie hat's erkannt. Gut wäre nur, wenn nicht nur 12 von 20 kommen würden, sondern wenn Sie auch ernsthaft wählen würden und das Ergebnis von Wahlen akzeptierten. Das ist mein erster Tipp.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, mein zweiter Tipp richtet sich an den Kollegen Stadler. Er lautet: Erst denken, dann reden.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Denn nicht alles, was Sie sich denken, hört sich, wenn Sie es sagen, so klug an, wie es sich für Sie anfühlt, wenn Sie es denken.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Kolleginnen und Kollegen von der AfD, in der Demokratie macht eben der Ton die Musik. Wenn Sie also für Demokratie kämpfen wollen, gewöhnen Sie sich den dazugehörigen Ton an. Dieses Parlament ist 25 Jahre ohne das Instrument der Rüge ausgekommen und muss wegen Ihnen jetzt im Wochenrhythmus über Rügen nachdenken. Erst denken, dann reden, das wäre also ein guter Ansatz, um die Demokratie hochzuhalten. Das ist deshalb mein zweiter Tipp.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, mein dritter Tipp richtet sich an den Kollegen Müller. Sie werden ihn ihm ausrichten. Der Tipp lautet: Sitzenbleiben ist nicht nur in der Schule schlecht. Denn zur Demokratie gehört eben auch, Respekt unter Demokraten zum Ausdruck zu bringen und sich von Extremisten abzugrenzen. Sagen Sie deshalb dem Kollegen Müller, dass, wenn das nächste Mal 204 Leute um ihn herum aufstehen, weil sie eines ermordeten Kollegen gedenken, er darüber nachdenken möge, vielleicht auch aufzustehen. Das könnte ein Beitrag dazu sein, täglich für Demokratie zu kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN)

Der vierte Tipp, den Sie von mir auch gratis bekommen, lautet: Misstrauen – eigentlich "Vertrauen", aber in Ihrem Fall besser "Misstrauen" – ist gut, Kontrolle wäre allerdings noch besser. Denn Demokratie, für die Sie ab heute ja kämpfen wollen, lebt auch vom verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern.

Kolleginnen und Kollegen von der AfD, wenn ich lese, dass die zurückgetretenen Mitglieder Ihrer Kassenkontrollkommission, wie Frau Cyron, sagen, konstruktive Zusammenarbeit mit dem Fraktionsvorstand sei zu keiner Zeit möglich gewesen, oder wenn Kollege Bergmüller sagt, er sehe sich außer Stande, in gewissenhafter Weise seine

Arbeit weiterzuführen, dann könnte das der Ausgangspunkt dafür sein, sich zu überlegen, wie Sie, wenn Sie denn ab heute für Demokratie kämpfen wollen, in Zukunft so miteinander umgehen, dass auch in Ihrer Gruppierung Demokratie stattfinden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mein fünfter Tipp richtet sich noch einmal an den Kollegen Stadler. Kollege Stadler, wenn Sie für Demokratie kämpfen wollen, wäre es klug, nicht überall dort AfD draufzuschreiben, wo heiße Luft drin ist. Ihre Leidenschaft für Fotomontagen in allen Ehren, aber wenn auf der Landtagswebsite ein Foto mit unserer Präsidentin, Kindern und Luftballons zu sehen ist, haben Sie nicht das Recht, auf diese Luftballons "AfD" zu schreiben. Wenn Sie das trotzdem tun, werden Sie von unserer Präsidentin zu Recht angezeigt, weil Demokratie eben auch heißt, Regeln zu akzeptieren. Das sind unsere Regeln, die demokratischen, die gesetzlichen Regeln. Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie ab heute also für die Demokratie kämpfen wollen, gewöhnen Sie sich an die Regeln der Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP)

So viel zu Ihrem ehrenhaften Anspruch, für die Demokratie zu kämpfen. – Ihr Anspruch reicht aber deutlich weiter. Sie wollen ja auch für die Meinungsfreiheit kämpfen. Deshalb auch dazu fünf Tipps von mir.

Kollege Maier, der erste Tipp richtet sich an Sie als Parlamentarischen Geschäftsführer: Wenn Sie einmal wieder auf einer Veranstaltung sind, in der Bernd oder Björn das Deutschlandlied anstimmen, nicht einfach mitgrölen. – Das mag möglicherweise von der Meinungsfreiheit abgedeckt sein, unsere Präsidentin hat aber völlig recht damit, wenn sie Ihnen sagt:

Wer heute bewusst die erste Strophe des Deutschlandlieds singt, verhöhnt die Opfer des Nationalsozialismus und macht sich mit den Tätern gemein.

Wenn Sie also ab heute für Meinungsfreiheit kämpfen wollen, dann denken Sie auch an die Grenzen der Meinungsfreiheit.

Zweiter Tipp zur Meinungsfreiheit: Kollege Stadler, erst recherchieren, dann diffamieren. – Denn die Meinungsfreiheit berechtigt nicht zur Verleumdung. Wenn Sie mir in Zukunft einmal wieder SS-Sprüche unterstellen, wäre es gut, wenn Sie zur Kenntnis nähmen, dass nicht jede Fahne eine SS-Fahne ist und dass ehrenamtlich engagierte Menschen möglicherweise von Ihrer Ideologie so weit weg sind, wie Sie es sich gar nicht vorstellen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen von der AfD, der dritte Tipp ist an Ihre Fraktionsvorsitzende gerichtet: Frau Kollegin Ebner-Steiner, posten Sie private E-Mails im Idealfall nicht auf Facebook. Denn die Meinungsfreiheit endet dort, wo die Rechte Dritter beschnitten werden. Wenn Ihnen Mails zugespielt werden, Sie sollten zurücktreten, denken Sie das nächste Mal vielleicht lieber über einen Rücktritt nach, posten Sie das aber nicht auf Facebook. Das gehört nicht zur Meinungsfreiheit, für die Sie, wie wir dem Titel Ihrer Aktuellen Stunde entnehmen, ja ab heute kämpfen wollen.

(Der Abgeordnete Christoph Maier (AfD) begibt sich zum Pult des Präsidenten)

Kollege Maier, haben Sie Geduld. Es sind noch zwei Tipps. Wenn Sie Platz nehmen, können Sie weiterlernen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Der vorletzte Tipp: Gönnen Sie sich gelegentlich den Luxus, auch wenn Ihre Meinung feststeht, sich von Tatsachen irritieren zu lassen. Denn Meinungsfreiheit ist etwas anderes als Fake News.

Ganz egal, wie oft Sie ihn im Parlament noch leugnen, der Klimawandel wird trotzdem stattfinden.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Kehren wir zum Thema der Aktuellen Stunde zurück.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, der beantragte Titel betraf "Demokratie und Meinungsfreiheit". Dazu rede ich jetzt seit acht Minuten.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie gestatten mir deshalb, meinen letzten Tipp noch loszuwerden. Der letzte Tipp ist etwas komplex und ein bisschen schwer zu verstehen. Ich reduziere das deshalb didaktisch stark für den Kollegen Müller. Ich habe ihm vorhin ja gesagt, dass Sitzenbleiben nicht nur in der Schule schlecht sei. Kolleginnen und Kollegen, andersherum ist aber Davonlaufen auch keine Lösung.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der AfD, Meinungsfreiheit, für die Sie ja stehen wollen, gilt eben nicht nur für Ihre Meinung. Wenn Sie hier sitzen und Charlotte Knobloch als Holocaust-Überlebende spricht und Ihre Partei kritisiert, müssen Sie es auch einmal aushalten, dass die Meinungsfreiheit auch für die anderen gilt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn ich diese zehn Tipps zu Demokratie und Meinungsfreiheit zusammenfasse, kommt mir noch ein Zitat von Rudolph von Jhering in den Sinn: "Der Kampf ums Recht ist die Poesie des Charakters."

Ich nehme mit Freude – und damit komme ich zum Ende – zur Kenntnis, dass Sie heute mit uns gemeinsam, an der Seite der Demokratinnen und Demokraten im Hohen Haus, diesen Kampf ums Recht aufnehmen wollen,

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das wollen die doch gar nicht! Die wollen doch gar nicht mit uns zusammenarbeiten!)

dass Sie für Meinungsfreiheit und Demokratie stehen wollen. Beim Charakter sehe ich bei Ihnen allerdings noch gewisse Defizite, die ich Ihnen gerade an empirischen Bei-

spielen aufgezeigt habe. Wenn Sie das in den nächsten Wochen und Monaten beherzigen, gelingt es vielleicht auch Ihnen irgendwann einmal in einer fernen Zukunft, für Demokratie und Meinungsfreiheit zu stehen. Wir begleiten Sie gerne auf diesem Weg. Wir werden Ihnen aber auch sehr genau auf die Finger schauen; denn wer in der Demokratie schläft, der wacht in der Diktatur auf. Wir Demokratinnen und Demokraten werden sorgsam darauf schauen, dass unser Heimatland Bayern niemals in einer Diktatur aufwacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Mehring. – Ich darf für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Alexandra Hiersemann aufrufen. Bitte schön, Frau Hiersemann.

Alexandra Hiersemann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Vor dreißig Jahren zogen wochenlang jeden Montagabend Menschen in Leipzig über den Innenstadtring, weil sie sich frei äußern und frei sein wollten. Aus den anfänglichen Rufen "Wir wollen raus" wurde ein immer lauterer "Wir bleiben hier". Die Menschen wollten damals nicht in den sogenannten goldenen Westen gehen, sondern einen demokratischen Rechtsstaat mitgestalten. Das war das Ziel vieler Menschen, die auf die Straßen gingen. Einige meiner Leipziger Verwandten waren jeden Montag mit dabei. Sie setzten den Knüppeln und Waffen, die die DDR-Staatsmacht aufgefahren hatte, Kerzen und Lieder entgegen. Nicht von ungefähr begannen die Montagsdemonstrationen mit Friedensgebeten in den Kirchen, die von mutigen Pfarrern geöffnet wurden. Es fanden sich dort Menschen zusammen, die laut und unbeirrbar ihre Forderungen formulierten. Sie blieben unbeirrbar, bis die Mauer fiel.

Wenn sich Menschen wehren, geht es wie immer um Menschenwürde. Wir als Demokraten, sofern wir solche sind, haben für die Menschenwürde einzustehen. Es ging aber nicht um eine Art Deutschen-Würde. Die friedlichen Demonstranten hatten die Hoffnung auf Freiheit für alle. Was sie nicht wollten, waren Parolen, die Menschen mit

anderer Hautfarbe, Sprache, Religion oder Kultur ausgrenzen oder verachten. Die Menschen in Leipzig oder anderswo kämpften für das Ende von Bespitzelung und Denunziation. Sie wollten keine sogenannten Lehrer-Portale, auf denen die AfD die Schüler dazu drängt, Pädagogen mit AfD-kritischen Äußerungen zu melden, um diese dann namentlich an den von der AfD aufgestellten Pranger zu stellen. Am allerwenigsten wollten sie politische Parteien, in denen über heimlich ausgespähte E-Mails andere zum eigenen Machterhalt unter Druck gesetzt werden. Das hatten sie nämlich lange genug erlebt. Trotz der staatlichen Kulisse blieben sie beharrlich friedlich und schenkten den NVA-Soldaten Blumen und Kerzen, weil sie die Spaltung in ihrer Gesellschaft verhindern wollten. Mittlerweile wird diese mutige Leistung durch die AfD missbraucht und verhöhnt. Stichworte wie "Wende 2.0" oder "Vollende die Wende" sind ein Schlag ins Gesicht derer, die damals auf die Straßen gingen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Menschen vom Leipziger Ring wollten vor allem Meinungsfreiheit und objektive Informationen. Sie wollten aber nicht die Hetze gegen Andersdenkende, manipulative Unwahrheiten oder gar verfälschte Fotos. Das sind die Methoden, mit denen die Rechtsten dieses Hauses ihre eigene Welt stricken wollen, ihre eigene enge Welt. Sie haben überhaupt nichts verstanden. Es ist eine Schande, dass Sie das Thema der friedlichen Revolution heute für Ihre kruden Thesen missbrauchen, Herr Böhm. Dreißig Jahre friedliche Revolution auf deutschem Boden – das ist immer noch Anlass zur großen Freude. Wir aus den alten Bundesländern müssen uns wohl auch eingestehen, dass nicht alles gut gelaufen ist in diesem einmaligen Experiment der Vereinigung. Wir müssen uns fragen lassen, ob wir nicht zu viel Überheblichkeit und zu wenig Verständnis für die Lebensleistung der Menschen in der ehemaligen DDR aufgebracht haben. Daran müssen wir weiterarbeiten.

Deshalb dürfen wir die friedliche Revolution nicht nur im Rahmen einer politischen Erinnerungskultur als etwas Abgeschlossenes wertschätzen. Wir müssen vielmehr die Errungenschaften des Herbstes 1989 jeden Tag aktiv verteidigen gegen die Verein-

nahmung durch nationalistische und antidemokratische Parteien und Bewegungen – in diesem Hohen Hause ebenso wie überall anders.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hiersemann. – Als Nächster hat Herr Kollege Helmut Markwort von der FDP-Fraktion das Wort. Herr Markwort, bitte schön.

Helmut Markwort (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will meine Redezeit nicht dazu nutzen, um über andere Parteien zu reden. Stattdessen möchte ich ein paar Anmerkungen zu dieser großen deutschen Stunde machen. Gestatten Sie mir eine persönliche Anmerkung. Für viele junge Leute ist das heute fast wie eine Geschichtsstunde, ein Rückblick auf Ereignisse, die sie nicht erlebt haben. Ich habe es erlebt. Ich bin an der Zonengrenze aufgewachsen. Ich habe die Unfreiheit mit eigenen Augen gesehen. Ich bin in Rodach bei Coburg zur Schule gegangen. Im Jahr 1944 waren auf einmal drei von vier Himmelsrichtungen gesperrt. Man konnte nur nach Coburg. In den anderen drei Richtungen war das ehemalige Thüringen nun sowjetische Besatzungszone. Wir haben mit eigenen Augen die Unfreiheit erlebt. Wir Kinder waren in drei Richtungen ausgesperrt. Damit begann für die Bürger der DDR die zweite Diktatur. Unsere Diktatur war nach zwölf Jahren beendet. Die Landsleute in der DDR gingen jedoch noch in eine weitere Diktatur von 44 Jahren.

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es eine große Kampagne für die Wiedervereinigung gegeben hat. Das Interesse für das Thema ließ nach. Es war kein Wahlkampfschlager, für die Wiedervereinigung zu kämpfen. Die jungen Leute wollten für die Freiheit Nicaraguas kämpfen. Sie riefen: Ho Chi Minh! Niemand kämpfte jedoch für die Befreiung unserer Landsleute. Deshalb bin ich stolz, dass einige Liberale dieses Thema nicht aufgegeben haben.

(Beifall bei der FDP)

Der bayerische Liberale Thomas Dehler hatte einen Plan für die Wiedervereinigung entwickelt, übrigens mit Bamberg als Hauptstadt. Wolfgang Mischnick und Hans-Dietrich Genscher haben in der DDR versucht, sich in der dortigen liberalen Partei zu engagieren. Sie haben das Thema nie aufgegeben. Der Dresdner Mischnick und der Hallenser Genscher haben immer für die Vereinigung gekämpft. Das sollten wir nie vergessen.

Wir sollten auch nie vergessen, wer geholfen hat. Die Bürger in der DDR sind auf die Straße gegangen, aber sie hatten Freunde in Osteuropa. Ich erinnere daran, dass die Polen, die Ungarn und die Tschechen uns geholfen haben, gegen die Diktatur der DDR aufzustehen und den Weg zu bereiten. Deshalb sollten wir sie heute nicht mit vielen Kleinlichkeiten überziehen. Sie waren wesentliche Vorbereiter der Freiheit in der DDR.

Es ist über die Meinungsfreiheit geredet worden. Vor dreißig Jahren gab es kein Internet, über das man sich verständigen konnte, wann und wo demonstriert wird, wie das in Tunesien oder Hongkong der Fall ist. Es gab das Westfernsehen. Ich lobe ausdrücklich das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das damals von großer Bedeutung war. "Kennzeichen D" war ein gesamtdeutsches Magazin im ZDF, das in der Bundesrepublik nur wenige Zuschauer hatte. Im Osten, in der DDR – das wissen wir – haben bis zu 50 % auf diese Sendung gewartet. Das waren Signale der Freiheit. Es gab Informationen darüber, wie es zugeht. Kollege Joachim Jauer, der diese Sendung moderiert und gestaltet hat, berichtete, dass Honecker scharf darauf war, in "Kennzeichen D" gut dazustehen.

Deshalb ist es umso bemerkenswerter, dass es heute in den ostdeutschen Ländern großes Misstrauen gegenüber diesen Medien gibt. Früher haben sie gläubig auf die Signale der Freiheit bei ARD und ZDF geschaut. Heute reden viele von der "Lügenpresse" und sind voller Misstrauen gegen die Medien. Darüber müssen wir nachdenken. Das Wort "Lügenpresse" ist natürlich dumm, das gab es im Dritten Reich. Über die "Lückenpresse" kann man jedoch immer reden. Bei der Presse handelt es sich

immer um eine "Lückenpresse". Es geht darum, was man auswählt, was man groß macht, was auf Seite 1 oder auf Seite 8 gebracht wird. Das spielt eine große Rolle.

ARD und ZDF sollten darüber nachdenken, was in der Oxford-Studie festgestellt worden ist. Relativ wenige Medien haben darüber berichtet, dass die Universität Oxford in einer großen Studie viele europäische Fernsehanstalten miteinander verglichen hat. Das Ergebnis war, dass ARD und ZDF stark linkslastig sind. Der Intendant des Bayerischen Rundfunks sagte, dass dies keine korrekte Untersuchung gewesen sei, weil die Dritten Programme fehlten. Das ist nur ein formaler Einwand. Vielleicht sind die Dritten Programme genauso. Aber ich denke, man sollte versuchen, den Bürgern in Ostdeutschland mit einer ausgewogenen Berichterstattung das Gefühl zu geben, dass sie sich eine freie Presse eingehandelt haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Markwort, und darf als nächsten Redner den Abgeordneten Steffen Vogel von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dreißig Jahre friedliche Revolution sind zweifellos ein Grund zur Freude für uns alle, aber auch für mich persönlich.

Ich bin in einem 200-Einwohner-Dorf direkt an der ehemaligen innerdeutschen Grenze mit Blick nach Thüringen, auf den Ort Käßlitz, aufgewachsen. Für mich war es nichts Außergewöhnliches, dass diese Grenze besteht. Zu meinem Großvater hatte ich ein sehr gutes Verhältnis. Ich habe immer gefragt: Warum ist da ein Zaun? Warum ist da eine Grenze? – Für ihn war es nicht selbstverständlich. Sein Onkel und sein Cousin lebten in diesem Ort Käßlitz. Er lag im Sperrgebiet. Mein Großvater konnte nicht an der Trauerfeier und Beerdigung seines Onkels teilnehmen, und seinen Cousin hatte er über Jahre und Jahrzehnte nicht gesehen. Dies war tief bewegend. Ich habe das sehr gut wahrnehmen können. Ich habe dann auch wahrnehmen können, wie der Zaun auf-

ging und er seinen Cousin wiedergetroffen hat und erstmals nach 28 Jahren wieder in den Ort fahren konnte, wo seine Verwandtschaft lebte. Deshalb bin ich sehr dankbar für diesen Moment und für den Fall der Mauer insgesamt. Aber in unserer Wahrnehmung ging es damals eher darum, das Aufgehen des Zauns privat miterlebt zu haben.

Nun ist zu fragen, wem wir das zu verdanken haben. Wir haben gehört, der FDP und anderen. Ich sage Ihnen – davon bin ich überzeugt –: Wir haben es zunächst einmal den 70.000 Bürgerinnen und Bürgern von Leipzig und Umgebung zu verdanken, die an diesem 9. Oktober 1989 mutig auf die Straße gegangen sind, die nicht gewusst haben, wie der Staatsapparat reagiert. In China hatte man auf dem Platz des Himmlischen Friedens die Demonstranten niedergemetzelt. In Leipzig standen auch Soldaten und Polizisten bereit, und keiner hat gewusst, was passiert. Diese Menschen haben sich nicht einschüchtern lassen. Sie sind trotzdem auf die Straße gegangen, um für Frieden und Freiheit zu demonstrieren. Deshalb sind sie für mich die wahren Helden der Einheit.

(Beifall bei der CSU)

Gerade an einem Tag wie heute, nach dem Anschlag in Halle, der uns tief betroffen macht, aber auch an jedem anderen Tag heißt es für uns, gegen Extremismus sowohl von rechts als auch von links aufzustehen.

Wir wissen vom Kriegsbeginn vor achtzig Jahren, vom Überfall Deutschlands auf Polen. Wir wissen, wozu Rechtsextremismus führt, und wir wissen auch, wozu Linksextremismus führt. Deshalb ist die Überschrift der Aktuellen Stunde sehr gut gewählt. Wir müssen jeden Tag für Demokratie und Meinungsfreiheit eintreten.

Allerdings erinnert mich dies, was ich für grotesk und absurd halte, auch an das Märchen vom Wolf und den sieben Geißlein. Wenn der Wolf Kreide frisst und sich die Pfoten bemehlt, so ist und bleibt er doch ein Wolf. Wenn gerade die AfD dieses Thema auf die Tagesordnung setzt, so ist dies eine Verhöhnung und eine Missachtung dieser

70.000 Menschen, die für Demokratie und Meinungsfreiheit auf die Straße gegangen sind, und auch aller Opfer der Stasi-Diktatur.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Diese Aktuelle Stunde impliziert nämlich, die AfD wäre jetzt auch Opfer nicht vorhandener Meinungsfreiheit in unserem Land und würde ausgegrenzt. Aber in der Demokratie muss man auch die Meinung eines anderen aushalten. Die Meinungsfreiheit der AfD ist nicht gefährdet. Sie können an Wahlen teilnehmen. Das konnte man in der ehemaligen DDR nicht. Sie können hier im Parlament Ihren ganzen Sums von sich geben. Sie können die Presse sehr pauschal als Lügenpresse bezeichnen. Sie können Ihren "Deutschland-Kurier" verlegen. – Insoweit stimme ich dem Kollegen Mehring eben nicht zu. – Sie haben das Recht, sitzen zu bleiben, wenn wir eines Kollegen gedenken. Sie haben das Recht, das Parlament zu verlassen, wenn bei einer Gedenkveranstaltung für die Holocaust-Opfer Charlotte Knobloch spricht und Sie nicht deren Meinung sind. Sie können in Ihrer Partei den Holocaust als Fliegenschiss der Geschichte Deutschlands bezeichnen. Das können Sie alles tun. Aber Sie können uns nicht vorschreiben, einen AfDler zum Vizepräsidenten zu wählen. Wir sind freie Abgeordnete.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Das ist Demokratie. Mir schreibt niemand vor, wen ich zu wählen habe. So, wie Sie sich das Recht herausnehmen können hinauszugehen, nehme ich mir das Recht heraus, keinen AfDler zu wählen.

Ich sage: Wir müssen auftreten, wir müssen jeden Tag Demokratie neu erkämpfen. Wir müssen vor allem auch der jungen Generation, die die Diktatur sowohl von rechts als auch von links nicht miterlebt hat, jeden Tag deutlich machen, dass es keine Alternative zur Demokratie gibt. Wir müssen jeden Tag mutig aufstehen und auch in unserer Zivilgesellschaft deutlich machen, wer Schaf ist und wer Wolf. – In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. – Das Wort hat Herr Abgeordneter Florian Siekmann von den GRÜNEN. Bitte schön.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die friedliche Revolution in der DDR jährt sich zum dreißigsten Mal. Ich selbst bin 24 Jahre alt, ich habe sie also nicht persönlich erlebt. Aber für mich ist sie natürlich ein wichtiger Teil unserer, aber auch der gesamteuropäischen Geschichte. Im Rahmen der heutigen Aktuellen Stunde kommt es mir ganz besonders darauf an, was wir aus dieser Geschichte machen.

Zurzeit versucht eine Partei am rechten Rand, sich als Fortführung der friedlichen Revolution zu verkaufen, eine Partei, die die Meinungsfreiheit dadurch bedroht sieht, dass ihren Positionen hier im Landtag, in der Öffentlichkeit, von der Zivilgesellschaft lautstark widersprochen wird. Aber die friedliche Revolution in der DDR ist gerade für die Möglichkeit eingetreten, dass man Ihrer Partei und Ihren Positionen in einem demokratisch gewählten Parlament und auf der Straße öffentlich widersprechen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere demokratische Gesellschaft, unsere Vielfalt, und, ja, auch unsere Menschlichkeit stehen durch Hass und Hetze von rechts unter Beschuss. Welche traurigen Folgen das haben kann, sehen wir viel zu häufig und immer wieder aufs Neue.

Ich verspreche Ihnen: Wir Bündnisgrünen werden uns für die demokratische Gesellschaft einsetzen, wir werden sie verteidigen, im Parlament und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft auf der Straße. Unsere Demokratie zu verteidigen, ganz konkret, hier und jetzt, heißt, dass wir uns mit neonazistischen Strukturen und Netzwerken auseinandersetzen, damit sie aufgedeckt werden, damit der Fahndungsdruck erhöht wird, damit entwaffnet wird. Das heißt, dass man Hass und Hetze entschlossen entgegentritt und die rechtsstaatlichen Mittel ausschöpft, um sie zu verfolgen. Das heißt nicht

zuletzt auch, dass man solidarisch mit denen ist, die bei der Verteidigung unserer Demokratie im Feuer stehen und deren Menschenwürde tagtäglich leidet, wenn sie an vorderster Stelle stehen, um zu zeigen: Diese demokratische Gesellschaft kämpft für ihre Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will mich aber mit der Verteidigung des Status quo nicht zufriedengeben; denn auch die friedliche Revolution ist ja damals nicht angetreten, um mögliche kleine Verbesserungen zu erwirken, sondern weil die Leute den Wunsch hatten, einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen.

Unsere Demokratie ist eine große Errungenschaft, die davon lebt, dass sie stetig weiterentwickelt und gestärkt wird. Wenn heute Hunderttausende junge Menschen auf die Straße gehen und die Politik auffordern zu handeln, dann sage ich: Das ist der richtige Zeitpunkt, um diesen jungen Menschen in der Demokratie mehr Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen – das Wahlalter mit 16 war Thema hier im Landtag –, dann ist das der richtige Zeitpunkt, darüber zu diskutieren, wie wir die Transparenz und die Informationsfreiheit des Staates verbessern können, und dann ist das der richtige Zeitpunkt, darüber zu diskutieren, wie mehr politische Bildung an Schulen und über Jugendverbände stattfinden kann, wie wir unsere Demokratie im Sturm aus Hass und Hetze wetterfest machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Abschluss möchte ich den Blick noch auf mein Herzensthema, auf Europa, richten. Wer die friedliche Revolution ernst nimmt, der muss für ein vereintes und starkes Europa, für eine starke Europäische Union eintreten; denn diese hat – dazu hat auch die friedliche Revolution selbst beigetragen – Demokratie und Meinungsfreiheit, über die wir heute diskutieren, zur gemeinsamen Basis für über 500 Millionen Menschen auf fast dem gesamten Kontinent gemacht – eine Errungenschaft, die wir verteidigen und ausbauen müssen und zu der wir offen und ehrlich stehen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordnetem Siekmann für sein Wort und rufe als Nächsten den Herrn Abgeordneten Stefan Löw für die AfD-Fraktion auf. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Schubert, zu Ihnen noch: Herr Höcke hat doch recht mit dem Wort vom Denkmal der Schande: Es ist ein Denkmal über unser schändlichstes Verbrechen. Vielleicht kann man es so auch verstehen.

(Widerspruch aus den Fraktionen – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: So hat er es aber nicht gemeint!)

– Das sagen Sie. Fragen Sie ihn doch selbst.

Die Meinungsfreiheit in unserem Land ist seit den letzten Jahren einem starken Wandel unterworfen. Was vor weniger als zehn Jahren noch unsere Bundeskanzlerin gesagt hat, zum Beispiel "Multikulti ist gescheitert", führt jetzt zur öffentlichen Ächtung und zur Prüfung durch den Verfassungsschutz. Vor weniger als zehn Jahren hat unser jetziger Bundesinnenminister ausgesprochen: "Deutschland ist kein Einwanderungsland". Wer dies heute tut, wird in der Öffentlichkeit zum Extremisten und geistigen Brandstifter erklärt.

(Widerspruch des Abgeordneten Toni Schubert (GRÜNE))

Wer früher gegen Asylmissbrauch gewettert hat, will jetzt diejenigen, die momentan davor warnen, bis aufs Blut bekämpfen.

Was sagen allein diese Beispiele über den Zustand unserer Demokratie und unserer Meinungsfreiheit aus? – Diese andauernde öffentliche Diffamierung von Politikern und Personen des öffentlichen Lebens ist Wasser auf die Mühlen von Extremisten und an-

deren, die nach einer Begründung für ihre sadistischen Wesenszüge suchen, um berechtigten Kritikern und Realisten das Leben nicht nur schwer zu machen, sondern es auch noch zu gefährden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Was sich verändert hat, das ist der Umgang mit dem politischen Gegner: Wir sehen brennende Fuhrparks, beschmierte Büros, Parteimitglieder, die auf offener Straße feige attackiert und krankenhaushausreif geprügelt werden. Die verbreitetste Form dieser neuen Umgangsformen sind wüste Beschimpfungen und gesellschaftliche Ächtung.

(Zurufe der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Viele wagen es daher nicht mehr, ihr garantiertes Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Anspruch zu nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Der Begriff "rechts" im politischen Sinn wird verzerrt und verfälscht, dem Nationalsozialismus gleichgestellt. Die schrecklichen Ereignisse von gestern, die wir zutiefst verachten und mit aller Heftigkeit verurteilen, zeigen, was wahre Extremisten sind – und diese gilt es mit aller Macht zu bekämpfen.

(Beifall bei der AfD)

Das gilt für die rechtsextreme Tat von gestern, den islamistischen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt und den lebensbedrohlichen Angriff auf unseren Parteikollegen Magnitz. Solche furchtbaren, menschenverachtenden Taten zeigen, dass die Zusammenarbeit aller politischen Parteien nötig ist, um weitere extremistische Gewalttaten zu verhindern. Diese Zusammenarbeit war auch der ausdrückliche Wille der Väter unserer Verfassung. So besagt Artikel 2 unserer Verfassung:

(1) Bayern ist ein Volksstaat. Träger der Staatsgewalt ist das Volk.

(2) Das Volk tut seinen Willen durch Wahlen und Abstimmungen kund. [...]

Und es ist der Wille des Volkes, dass sechs Parteien in diesem Landtag sitzen. Artikel 16a:

(1) Parlamentarische Opposition ist ein grundlegender Bestandteil der parlamentarischen Demokratie.

(2) Die Fraktionen und die Mitglieder des Landtags, welche die Staatsregierung nicht stützen, haben das Recht auf ihrer Stellung entsprechende Wirkungsmöglichkeiten in Parlament und Öffentlichkeit. [...]

Eine Frage an Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Wozu macht es einen Abgeordneten, wenn er einer Opposition, die vom Volk, also vom Träger der Staatsgewalt, gewählt wurde, das ihr von der Verfassung garantierte Recht auf entsprechende Wirkungsmöglichkeiten nicht geben will? Zu einem Demokraten oder doch eher zu einem Gegner unserer Verfassung?

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Freie Wahlen! – Steffen Vogel (CSU): Das ist ja das Problem mit dem Staat! – Toni Schuberl (GRÜNE): Das tut sie nicht!)

Sie als Vertreter sind nur Ihrem Gewissen unterworfen, und wenn Sie Demokraten sind, dann sollte Ihr Gewissen auch immer unserer Verfassung gelten.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Demokratie heißt nicht, dass wir die Meinung anderer gutheißen müssen. Demokratie heißt, dass wir andere Ansichten ertragen müssen, sofern sich diese im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung bewegen.

(Zurufe der Abgeordneten Katharina Schulze und Toni Schuberl (GRÜNE))

Dies ist der kleinste Beitrag zur Demokratie, den jeder Einzelne von uns jeden Tag leisten kann. Auch wenn wir möglicherweise persönlich wenig Verständnis für die Po-

sitionen gewisser Parteien in unserem Parlament aufbringen können, so müssen wir doch den Willen des Volkes respektieren, denn diesem sind wir alle verpflichtet.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Kämpfen wir gemeinsam gegen jede Form von Extremismus und gegen alle Feinde der Demokratie – zum Schutz der Menschen in unserem Land und deren Zukunft!
Lang lebe unsere Demokratie!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Kollege Löw, und darf Herrn Abgeordneten Dr. Martin Huber, CSU-Fraktion, aufrufen. Herr Dr. Huber, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Sie haben es richtig gesagt, Herr Kollege Löw: Wir sind unserem Gewissen verpflichtet, und genau deshalb können wir nicht Kandidaten aus einer Fraktion wählen, die es duldet, dass der Holocaust verharmlost wird, dass beim Gedenken an den Holocaust der Saal verlassen wird und dass das Holocaust-Mahnmal als "Mahnmal der Schande" bezeichnet wird. All das ist mit unserem Gewissen nicht vereinbar, und genau auf diesen Punkt haben Sie – absichtlich oder unabsichtlich – völlig treffend hingewiesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD)

Gerade Ihre Ausführungen erinnern mich an ein Wort von Winston Churchill, der gesagt hat: "Die Freiheit der Rede hat den Nachteil, dass immer wieder Dummes, Hässliches und Böses gesagt wird. Wenn wir aber alles in allem nehmen, sind wir doch eher bereit, uns damit abzufinden, als sie abzuschaffen." – Ihre Rede war dafür ein treffliches Beispiel. Gerade dreißig Jahre nach dem Mauerfall ist deutlich zu machen, dass Demokratie und Meinungsfreiheit nicht als selbstverständlich hinzunehmen sind, sondern jeden Tag neu bewahrt werden müssen.

Sie haben wieder einmal gezeigt, dass Sie als AfD hierbei nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems sind. Die Menschen sind 1989 mit Mut und dem Willen zu Aufbruch und Erneuerung auf die Straße gegangen. Sie haben das getan, was Václav Havel so beschrieben hat:

Die Freiheit ist wie das Meer: Die einzelnen Wogen vermögen nicht viel, aber die Kraft der Brandung ist unwiderstehlich.

Das hat die Menschen angetrieben. Sie wollten Erneuerung, sie wollten Menschlichkeit, und sie wollten die Menschen und die beiden Teile Deutschlands zusammenführen. Dabei frage ich mich dann schon: Was hat das eigentlich auch nur ansatzweise mit Ihnen zu tun? – Ihr Verständnis von Politik ist die Angst und die Spaltung. Freiheit, wie Sie sie verstehen, ist die Freiheit zum Tabubruch. Es ist eben keine Meinungsfreiheit, wenn Sie sagen: Wir wollen permanent Tabus brechen. Das Verlassen des Holocaust-Gedenkens hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun. Das Versagen des Totengedenkens für einen Kollegen hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun. Das Bezeichnen des Holocaust-Mahnmals als "Mahnmal der Schande" hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun, und das Bezeichnen des Dritten Reichs als "Vogelschiss" hat auch nichts mit Meinungsfreiheit zu tun. Nein, das hat mit fehlendem Charakter, mit fehlendem Geschichtsverständnis und fehlendem Staatsverständnis zu tun.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn Sie sich heute hinstellen und das, was die Menschen 1989 in ihrem Einsatz gegen das Unrechtsregime der DDR geleistet haben, für sich vereinnahmen wollen, wenn Sie im Osten unter dem Slogan "Vollende die Wende" auch an Montagen in ganz bewusster Anlehnung an die Montagsdemonstrationen in der DDR demonstrieren, wenn Sie sich dieses Erbe krallen wollen, dann kann ich nur sagen: Sie sind politische Erbschleicher, nicht mehr und nicht weniger

(Beifall bei der CSU – Katrin Ebner-Steiner (AfD): Aber ziemlich erfolgreiche!)

Als Willy Brandt nach der Wende gesagt hat: "Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört", hat er mit Sicherheit nicht AfD und Pegida gemeint. Deshalb ist das Signal unserer heutigen Aktuellen Stunde, dem wir uns als Demokraten verpflichtet fühlen und das wir nach draußen senden: Unsere Freiheit ist stärker, als es die AfD jemals sein wird!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Martin Huber. – Das Wort hat der Bayerische Staatsminister des Innern, Herr Joachim Herrmann. – Herr Abgeordneter Swoboda, bitte schön. Sie waren nicht auf der Liste, Entschuldigung.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren Parlamentarier, liebe Gäste auf der Galerie! Wenn der rechtsradikale Flügel der AfD von Revolution und dem täglich neu Erkämpfen im Zusammenhang mit Demokratie und Meinungsfreiheit spricht, dann kann ich mir gut vorstellen, was sich diese Kampfrhetoriker und Mächtegern-Machtergreifer darunter vorstellen wollen.

(Widerspruch und Lachen bei der AfD)

Ich möchte aber nicht darauf eingehen. Ich ignoriere das einfach. Soweit es die DDR-Historie betrifft, möchte ich vor dem Hintergrund des dreißigsten Jahrestages des Systemwechsels darauf hinweisen, dass es sich eben nicht um eine friedliche Revolution handelte. Ein friedlicher Aufstand war es, aber keine Revolution. Es war ein mutiger, nachhaltiger und friedlicher Straßenprotest eines Teils der 17 Millionen Menschen der DDR. Wer von Wiedervereinigung spricht, wenn völkerrechtlich der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 gemeint ist, den der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 besiegelte, der betreibt kosmetische Symbolpolitik, egal, wo er steht oder sitzt, und sei es im Hohen Haus.

Wir alle wissen nämlich ganz genau, dass die Grundlage für den Niedergang der Sowjetunion und den Zerfall des Warschauer Paktes nicht die Montagsdemonstrationen in Leipzig waren, auch nicht die Ausreisewilligen in den deutschen Botschaften in Ungarn und Tschechien, sondern die Reagan-Doktrin zur Nachrüstung und zum SDI-Raketenprogramm. Dies hat die UDSSR wirtschaftlich in die Knie gezwungen. Diesen Herausforderungen war das System nicht gewachsen. Deshalb war sie für Verhandlungen gefügig. Im Gegensatz zu Ostberlin 1954, Budapest 1956 und Prag 1968 sind deshalb auch in der DDR keine Panzer gerollt, sondern sie sind in den Kasernen geblieben. Es waren übrigens 4.000 und 400.000 Mann,

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte achten Sie auf die Redezeit!

Raimund Swoboda (fraktionslos): um eine Revolution zu verhindern. Wir tun also gut daran, wenn wir den Spruch: "Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört" nicht nur einseitig in Wessi-Manier betrachten und interpretieren, sondern auch denen danken, die damals das Gewaltmonopol in Händen hielten und vom Drücker am Gewehrabzug keinen Gebrauch gemacht haben.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Swoboda, bitte kommen Sie zum Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Es muss zusammenkommen, was zusammengehört. Dieses Motto ist auch in Zukunft noch geboten. – Vielen Dank.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wir bedanken uns. – Das Wort hat der Herr Staatsminister Herrmann. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Nach Stacheldraht und Schießbefehl, nach Jahrzehnten der brutalen Teilung ist Deutschland seit dreißig Jahren wieder vereint. Zu verdanken haben wir dies zu allererst den vielen mutigen Menschen in Leipzig, in Dresden, in Ostberlin und vielen anderen Städten der ehemaligen DDR, die vor dreißig Jahren für die Demokratie und ihre Freiheit auf die Straße gegangen sind. Die

Menschen haben dies getan, obwohl es in den Jahrzehnten zuvor schmerzliche Erfahrungen gegeben hat, mit Demonstrationen und Aufständen, die mit Waffengewalt niedergeknüppelt worden waren – am 17. Juni 1953, 1956 die Menschen in Ungarn, 1968 der Prager Frühling. Diese Demonstrationen und Aufstände endeten immer wieder mit dem gleichen Ergebnis: Die sowjetischen Panzer kamen und bereiteten dem Ganzen ein Ende. Das Gleiche ereignete sich nur wenige Monate vor dem Mauerfall auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking. Dort haben die Menschen im Sommer 1989 versucht, sich mehr Freiheit und Demokratie zu erkämpfen. Diese Demonstration wurde auch mit Panzergewalt niedergewalzt.

In einer solchen Situation den Mut zu haben, trotzdem auf die Straße zu gehen, verdient auch heute noch den größten Respekt. Umgekehrt sollten wir nicht ganz vergessen, dass die Tatsache, dass diese Aufstände friedlich zu Ende gebracht wurden, auch mit der Entscheidung von Gorbatschow in Moskau zusammenhing: Als Ungarn die Grenzen geöffnet hat, wurde nicht eingeschritten. All diese Entwicklungen waren nur möglich, weil die sowjetischen Panzer in den Kasernen geblieben sind. Nur deshalb konnten die Demonstrationen friedlich stattfinden. Es war der Wille der Menschen in Ostdeutschland zur Freiheit, der gesiegt hat. Sie wollten Freiheit der Presse, Freiheit zu reisen, Freiheit der Meinung. Wir haben großen Respekt davor, dass das damals gelungen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damals ist folgender Ruf geprägt worden: "Wir sind das Volk". Es ist wichtig, dass wir diesen Ruf, "Wir sind das Volk", den die Menschen auf den Straßen in Ostdeutschland skandiert haben, nicht missbrauchen lassen. Dieser Ruf der wahren Demokraten darf heute nicht von Gesellschaftsspaltern, von Nationalisten, Intoleranten und Faktenverdrehern missbraucht werden. Wir Deutsche dürfen ausnahmslos froh darüber und stolz darauf sein, was in den letzten dreißig Jahren gelungen ist. Dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer können wir dank des Einsatzes der Menschen in Ost und West mit Freude sagen: Deutschland ist ein freies und ein glückliches Land, übrigens auch mit 16 stolzen und prosperierenden Bundesländern.

Im Moment spüren wir aber auch – und die Geschichte lehrt uns dies: Freiheit, dieses Glück unserer Gegenwart, ist keine Selbstverständlichkeit. Sie wurde hart errungen. Darum muss sie auch heute immer wieder bewusst hochgehalten und aktiv verteidigt werden. Das ist Aufgabe und Auftrag zugleich für jede Bürgerin und jeden Bürger. Wir müssen uns fragen, ob die Errungenschaft der friedlichen Demokratie nicht von manchen wieder ernsthaft in Frage gestellt wird. Erst vor wenigen Monaten ermordete ein Rechtsradikaler den Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke. Mit menschenverachtendem Hass begrüßten und feierten einige Leute seinen Tod im Internet. Ist uns eigentlich bewusst, was zurzeit in unserer Gesellschaft los ist? – Rechtsextreme gegen Ausländer, radikale Islamisten gegen Christen und Juden, Linksextreme gegen Polizisten, Hass und Hetze im Internet, Verbreitung von Panik und Hysterie über die sozialen Netzwerke, oft erschreckend einfach, ansprechend und originell verpackt.

Wir dürfen dieser negativen Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Wir müssen unsere Werte wie Menschlichkeit, Respekt, Toleranz und Achtung vor der Würde eines jeden Einzelnen hochhalten. Wir müssen diese Werte mit Leben füllen und, wo nötig, auch verteidigen. Darum müssen wir übersteigertem Nationalismus, Rassismus, Hass und Gewalt eine klare Absage erteilen. Wir dürfen nicht zulassen, dass in unserem Land Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts oder ihrer Religion ausgegrenzt und diskriminiert werden. Diese Angriffe auf unser Gemeinwesen und den gelebten Zusammenhalt haben in unserem Land keinen Millimeter Platz. Diesen Angriffen müssen wir uns klar entgegenstellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gestern wurde ein schrecklicher Mordanschlag auf die Synagoge in Halle verübt. Es war eine offenkundig antisemitische Tat. Es ist eine schreckliche Eskalation von neuem Antisemitismus in unserem Land. Es gibt unterschiedlichsten Antisemitismus: islamistischen Antisemitismus, linksradikalen Antisemitismus und leider wieder deutlich mehr rechtsextremen Antisemitismus. Es gibt furchtbare Gewalttäter. Wir müssen

in der Sicherheitspolitik alles dafür tun, um uns gegen solche Gewalttäter bestmöglich zu wappnen.

Aber es gibt genauso schlimme geistige Brandstifter. Einige betreiben diese geistige Brandstiftung anonym. Gestern haben wir in einer großen Durchsuchungs- und Festnahmeaktion versucht, solchen, die vor einigen Monaten Droh-E-Mails verschickt haben, auf die Spur zu kommen. Ich bin dankbar dafür, dass es das Landeskriminalamt geschafft hat, den meisten dieser anonymen E-Mail-Versender auf die Spur zu kommen. Leider verbreiten einige ihre Hetze ganz offen und aggressiv. Einer der schlimmsten geistigen Brandstifter in puncto neuer Antisemitismus ist zum Beispiel der Thüringer AfD-Boss Björn Höcke. Das ist unübersehbar.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Das können Sie drehen und wenden, wie Sie wollen: Wer die Erinnerung an die nationalsozialistische Judenvernichtung beseitigen will, der will doch ganz offensichtlich den Massenmord verharmlosen,

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

der hat aus der Geschichte nichts gelernt. Und wer aus der Geschichte nichts gelernt hat, der ist eine Gefahr für die Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Unser wiedervereinigtes Deutschland steht für Meinungsfreiheit und für Glaubensfreiheit. Wer diese infrage stellen oder einschränken will, muss auf den starken und gemeinsamen Widerstand aller Demokraten in unserem Land stoßen. Unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind Teil der deutschen Geschichte, sie sind Teil der deutschen Kultur, sie sind Teil der deutschen Gesellschaft, und wir wollen, dass sie auch Teil der Zukunft Deutschlands sind, meine Damen und Herren. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit vereinten Kräften haben wir die Mauern – die tatsächlichen Mauern und auch die Mauern in den Köpfen und Herzen – überwunden und die deutsche Einheit wieder mit Leben erfüllt. Machen wir uns mit derselben Beharrlichkeit dafür stark, dass wir auch weiterhin in Sicherheit, in Freiheit, in Demokratie und Frieden sowie in gegenseitiger Achtung und Respekt miteinander leben können – hier in Bayern, in Deutschland, in Europa und auch weltweit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister Herrmann. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, besonders im Hinblick auf den Inhalt dieses Tagesordnungspunktes, nämlich die Einheit Deutschlands, möchte ich die amerikanische Generalkonsulin in München, Frau Meghan Gregonis, begrüßen. Ich möchte Ihnen ausdrücklich Dank sagen. Das bayerische Volk, das deutsche Volk ist dankbar, dass Ihr damaliger Präsident George Bush senior zusammen mit Michail Gorbatschow am 2. und 3. Dezember 1989 auf Malta das grüne Licht für die Wiedervereinigung gegeben hat. Herzlichen Dank. Es ist mir ein Anliegen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser Tagesordnungspunkt ist noch nicht beendet. Wir haben den Antrag auf eine persönliche Erklärung zur Aussprache nach § 112 der Geschäftsordnung von Herrn Ralf Stadler erhalten. Herr Stadler, bitte schön, geben Sie Ihre Erklärung ab. Ich möchte nur vorweg den genannten Paragraphen kurz vorlesen, weil ich in Erinnerung rufen will, was eine persönliche Erklärung zur Aussprache enthalten darf.

§ 112 Persönliche Erklärung zur Aussprache.

Zu einer Erklärung zur Aussprache von höchstens fünf Minuten wird das Wort erst nach Schluss der Beratung erteilt. Die Rednerin oder der Redner darf nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen sie oder ihn geführt wurden oder eigene Ausführungen berichtigen. Sie oder er darf nicht zur Sache selbst sprechen und keine Anträge mit dieser Erklärung verbinden. Zur Gegenrede kann einem Mitglied des Landtags das Wort bis zu fünf Minuten erteilt werden. Bei mehreren gleichzeitigen Wortmeldungen entscheidet die Präsidentin oder der Präsident, wer das Wort zur Gegenrede erhält. Die Vollversammlung kann hierzu auch mehrere Rednerinnen und Redner zulassen.

Die etwas komplizierte Regelung ist hiermit dem ganzen Parlament bekannt. Sie haben jetzt das Wort, Herr Stadler, bitte.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Aufgrund der diffamierenden Angriffe gegen meine Person muss ich jetzt doch etwas sagen. Aufgrund der Falschaussagen gibt es da einiges richtig zu stellen. Herr Schubert sagte vorher, ich zitiere: "Dafür hat er zu Recht einen Strafbefehl wegen Volksverhetzung erhalten" – Herr Kollege Schubert, ich habe noch keinen Strafbefehl wegen irgendetwas erhalten. Es ist auch keiner beantragt oder ergangen. Das Verfahren liegt noch bei der Staatsanwaltschaft. Es liegt noch nicht einmal beim Gericht. Ob da überhaupt etwas ergeht oder jemand verurteilt wird, ist sowieso fraglich. Es gilt immer noch die Unschuldsvermutung. Das müssten Sie als Jurist doch wissen. Das ist ein essenzielles Recht im Strafverfahren, gilt aber anscheinend nicht für AfD-Politiker.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Sie sind der wahre Hetzer hier in diesem Hause!

(Beifall bei der AfD)

Um mit Falschbehauptungen meine Person zu schädigen, ist jedes Mittel recht. Da Sie im Plenum für diese Falschbehauptungen nicht belangt werden können, verlange ich zumindest eine sofortige Entschuldigung.

Und Herr Mehring: Sie haben meine Entschuldigung angenommen und ziehen das Thema noch mal auf. Das ist schäbig, aber leider opportun.

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Weil Sie die neue Speerspitze der Meinungsfreiheit und Demokratie abgeben! Das nehmen wir Ihnen nicht ab!)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.